Namslauer Stadtblatt.

Amtlicher Anzeiger für die städtischen Behörden.

Bezugs-Preise:
Das „Namslauer Stadtblatt" erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend und kostet in der Geschäftsstelle bezw. durch unsere Zweighellen 5,50 M., ins Haus geliefert 5,90 M., durch die Post bezogen ohne Abtrag 5,85 M., mit Abtrag 45 Pfg. mehr, zusammen 6,35 M. vierteljährlich. Einzelne Nummer 20 Pf. Ausserdem Zustellgebühr 35 Pf. Gerichts- und Erfüllungsort Namslau. — Bei Zahlungseinstellung bezw. gerichtlicher Beitreibung gilt jeder Nachlaß als aufgehoben.

Anzeigen-Preise:
Für die einspaltige Korpuszeile oder deren Raum 75 Pfg., für Auswärtige 80 Pfg., im Reklameteil (am Schluß des redaktionellen Teils) die 2spaltige Petitzeile 1,80 Mk. — Schluß der Anzeigenannahme 9 Uhr vorm. vor dem Erscheinungstage, für größere Anzeigen jedoch schon tags zuvor. — Für Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Kleine Anzeigen nur gegen Vorausbezahlung. Beilagegebühr nach Vereinbarung.

48. Jahrgang. **Mit der Beilage amtliches „Namslauer Kreisblatt."** Fernsprecher 224.

Nr. 49. | Verantwortlich für die Schriftleitung: Karl Opitz, Namslau. | Namslau, Dienstag, den 27. April. | Druck, Verlag und Expedition: Oskar Opitz, Namslau. | **1920.**

Der deutsche Sieg in Schleswig-Holstein und seine Lehren für Oberschlesien.

Unter ganz ungünstigen Bedingungen war die Volksabstimmung in der ersten Zone von Schleswig abgehalten und der nördlichste Teil von „Schleswig-Holstein meerumschlungen" den Dänen in die Hand gespielt worden. Auch mit dem übrigen Schleswig und der Hauptstadt Flensburg hatte man ähnliches vor. Selbst unsere fanatischen nationalpolnischen Agenten freuten sich bereits wie Beelzebub und Luzifer auf einen Dänensieg in Flensburg, den sie in der üblichen Weise für ihre unsaubere Agitation ausschlachten wollten und der dem ihnen so verhaßten Deutschland eine neue neue schwere Wunde geschlagen hätte.

Aber es sollte anders kommen. Der Tag der großen Volksabstimmung der zweiten schleswigschen Zone brachte einen glänzenden Sieg der deutschen Sache.

Nur 12 737 dänische Stimmen wurden abgegeben.

Aber 51 073 Schleswiger bekannten sich treu und ohne Furcht und Wanken für Deutschland.

Und doch war den Schleswigern die Wahl nicht leicht gemacht worden. Sie hatten zu wählen zwischen dem außerordentlich reichen Dänemark, das in erster Reihe reich geworden ist durch seine sehr ertragreiche und vorzügliche Landwirtschaft und seinen die Welt umspannenden Handel, das die Schrecken des Krieges nicht zu erleben brauchte und dessen Kultur und Einrichtungen denen des Deutschen Reiches ebenbürtig sind und Deutschland, das durch den vierjährigen Krieg und seine traurigen Folgen wund und ausgeblutet am Boden liegt, täglich von neuem getreten wird durch rachgierige, haßerfüllte und unbarmherzige Feinde, jenem Deutschland, das gerade an dem Tage der schleswigschen Volksabstimmung die Kapprevolution durchmachte, in der Bruderhand gegen Bruderhand sich erhob.

Die Dänen hatten seit Wochen sich die Abstimmung etwas kosten lassen und eine wütende Agitation entfaltet. Die dänische Krone rollte und nichts wurde unversucht gelassen, der dänischen Sache Anhänger zu gewinnen.

Und trotz allem: Schleswig entschied sich mit der erdrückenden Mehrheit für das aus tausend Wunden blutende Deutschland.

Die Schleswig-Holsteiner haben der Festigkeit ihres Charakters und der Unwandelbarkeit ihrer deutschen Gesinnung am 14. März 1920 ein Zeugnis ausgestellt, wie es schöner nicht gedacht werden kann. Aber auch die Schleswiger in der Ferne blieben der Heimat treu. Zu Tausenden sind sie aus den entferntesten Gebieten Deutschlands herbeigeströmt, um ihrer Heimat in ihrer Schicksalsstunde beizustehen und deutsche Erde gegen fremde Ländergier zu verteidigen.

Weder Alter noch Krankheit konnte den Abstimmungsberechtigten die weite Reise verleiden. Da sah man manchen Siebzig- oder Achtzigjährigen, manchen Kranken oder Lahmen, der sich in den Wagen tragen ließ, nur um am Tage der Abstimmung nicht zu fehlen. — Heimat und Vaterland haben ihrerseits alles getan, um diesen treuen deutschen Männern und Frauen Reise und Aufenthalt im Abstimmungsgebiet so angenehm wie möglich zu machen. Alles war bis ins Kleinste geregelt. Jeder empfing Ausweispapiere und Paß, die er zur Abstimmung brauchte, jeder erhielt kostenlos eine Fahrkarte zum Abstimmungsort; so pünktlich wie die Züge am Abgangsorte abgingen, so pünktlich kamen sie auch an ihren Endstationen an. — Ueberfüllungen zu vermeiden, hatte man für ihre Beförderungsfähigkeit ein Mindestmaß angenommen, für kranke und hochbetagte Personen waren besondere Abteile — soweit möglich zweiter Klasse — freigehalten worden, kurz, den Schleswig-Holsteinern wurde auf ihrer Reise zur Abstimmung jedwede Bequemlichkeit gewährt. Konnte man schon während der Fahrt manche Aeußerung hören, die von der Befriedigung zeugte, welche die Reisenden über die geradezu mustergültige Bewältigung der außerordentlichen Schwierigkeiten empfanden, so war das Erstaunen noch größer als man sah, was hinsichtlich der Aufnahme und Unterbringung der Abstimmungsberechtigten am Abstimmungsorte selbst geleistet worden war. Da gab es niemanden, der etwa nicht gewußt hätte, wo er Unterkunft und Verpflegung finden würde, es war eben für alles gesorgt. Deutscher Fleiß, deutsche Organisation und nicht zum mindesten deutsche Opferwilligkeit, das sind die Grundlagen für den glänzenden Sieg in der zweiten Abstimmungszone in Schleswig-Holstein gewesen, für jenen Sieg, der die Bekenntnisfreudigkeit der Schleswiger zum Deutschtum für alle Zeiten mit unvergänglichstem Glanze umgibt!

Als am Abend des 14. März — es war der Kapp-Sonntag für die Berliner — in Flensburg die ersten Abstimmungsergebnisse bekannt wurden, da setzten ganz von selber gewaltige Umzüge der Schleswiger sich in Bewegung, welche die Straßen mit einem Jubelsturm erfüllten. In brausenden Wogen gingen die deutschen Vaterlandslieder durch die Stadt. Nie standen sie so groß über diesen Gassen, denen doch seit Wochen alle Tage und Stunden davon gellungen hatten. Jedes neuverkündete Wahlergebnis löste neue Begeisterung aus. Sieg auf Sieg! Für die dänischen Ansprüche auf dieses deutsche Schleswig Vernichtung über Vernichtung! Der 14. März hat auch der internationalen Kommission die Augen geöffnet über den plumpen Schwindel, den ihre dänischen Einbläser ihr durch so viele Monate vorgemacht haben. Trotz Speck und Kronen, trotz der gewaltigen Einfuhr von dänischem Fahnentuch: **Deutsch die Stadt, deutsch das Land, deutsch die Inseln!** In die brausende Feier mischte sich hier und da übermütige Laune. Dem Liedreim „Wir wollen keine Dänen sein, wir wollen Deutsche bleiben", wurde der Zusatz gegeben: „Auch ohne Speck, auch ohne Speck!" Wie ein Hohnlachen über die ungeschickte und falsche Rechnung der dänischen Agitation auf die niedrigsten Instinkte hallten die Worte hinter jeder Liedstrophe her.

Um Mitternacht, als das Ergebnis klar war, erreichte der Jubel seinen Höhepunkt. Als feststand, daß Flensburg selbst, dieses Flensburg, das die Dänen um jeden Preis hatten kaufen wollen, deutsch gewählt hatte, da fingen von allen Türmen an die Glocken ein Danklied zu klingen. Sozialdemokraten und Deutschnationale, die Schulter an Schulter in die Wahlschlacht gegangen waren, legten die Hände ineinander unter des Herrgotts freiem Himmel und in das Lied der Glocken hinein sangen sie alle einmütig: „Nun danket alle Gott."

Und was lehrt uns Oberschlesien der Ausfall der Schleswig-Holsteinischen Abstimmung vom 14. März? — Er lehrt uns Zuversicht, und fordert uns auf, den Brüdern in Schleswig-Holstein am Tage der Abstimmung in Oberschlesien nachzueifern in mannhaftem Bekennen zur Mutter Deutschland.

Den Oberschlesiern wird die Entscheidung bedeutend leichter gemacht als den Schleswig-Holsteinern. Dort konnte die Wahlagitation mit Recht mit Butter, Speck und allen Schätzen eines gelobten Landes arbeiten. In Oberschlesien setzt sich die Erkenntnis immer mehr durch, daß der Anschluß an Polen das Herabgleiten in wirtschaftlich und kulturell minderwertige Zustände bedeutet. Während dort oben im Norden der Blick über die Grenze auf ein Kriegsgewinnlervolk im wahrsten Sinne des Wortes fiel, das nicht unmittelbaren Anteil an der Not der vergangenen Jahre gehabt hat, belehrt bei uns in Oberschlesien uns jeder Blick über die Grenze, wie unglaublich töricht es wäre, sich mit gesunden Sinnen in den Sumpf zu stürzen. Zuversichtlich können die Oberschlesier aber ebenfalls wie die Schleswig-Holsteiner in den kommenden Schicksalsstunden auf die Hilfe der heimattreuen Landsleute im Reiche blicken. Die Abstimmungen in Schleswig-Holstein waren für die Oberschlesier gewissermaßen die Probe auf das Exempel und wir haben gesehen, **die Rechnung stimmte, die Heimat rief und alle, alle kamen.** Eine halbe Million Abstimmungsberechtigter in ganz Deutschland werden auch am Entscheidungstage mit uns freudig

Die aus der Mühle.

Roman von Anny Wothe.

Alle Rechte vorbehalten.
Nachdruck verboten.

21. Fortsetzung.

„Ja doch, ja doch," sagte Oswald mit kläglicher Miene und holte sehr umständlich sein Taschentuch hervor, das er noch umständlicher auf dem Moosboden ausbreitete; um dann vor dem jungen Mädchen so ungeschickt als möglich zu knieen, was so urkomisch aussah, daß Gret und Fritz gar nicht aus dem Lachen herauskamen. Auch Suse hatte lächelnd auf die Gruppe geblickt. Vielleicht dachte sie an die Möglichkeit, daß ihr geliebter Bruder sich dereinst die süße, sonnige Mädchenblume, vor der er kniete, ans Herz heften würde. — „Susanna!" Hart und scharf, gereizt klang ihr Name aus Reinhards Munde an ihr Ohr. Er hielt ihr die leere Kaffeetasse entgegen, die zu füllen ihr noch nicht eingefallen. — Klang dieses unausstehliche „Susanna" nicht wie ein Befehl? Kühl, ruhig, gleichmäßig, ein kaum merkliches Spottlächeln um die roten Lippen, das deutlich sagte: Du Tor, was schaufferst Du Dich? Hob sie die Kaffeekanne empor und ließ den braunen Trank in die Tasse fließen.

Wünschest Du Kuchen oder Butterbrot?" — „Butterbrot!" kam es grollend zurück, und Suse schnitt und strich Butterbrot, als wäre das ihr einziges Tagewerk, und reichte es ihrem Verlobten so ruhig, als hätte sie keine Ahnung, daß sie sein Mißfallen erregt. — „Das war ja eine reizende kleine Scene," flüsterte Milly ihrer Cousine Lisa zu, die, ohne darauf zu antworten, jetzt hastig aufsprang und ihr Pferd wünschte, um heim zu reiten. Grets kindliche Worte vorhin hatten sie tiefer getroffen, als sie sich eingestehen mochte, und nun drängte es sie, auf ihrem Rappen durch den Wald zu fliegen, der wohl nur allein verstand wie es in ihrer Seele tobte und wallte. — Nach kurzem Abschied, Milly und Gret auffordernd bald nachzukommen, schwang sie sich, ohne die Hilfe der Herren anzunehmen, leicht in den Sattel und war bald den Blicken der ihr Nachschauenden entschwunden. — Nicht mehr lange saß die kleine Gesellschaft unter dem hängendem Gezweig der maienfrischen Birken, die dort in einer Gruppe vereinigt standen, und deren Zweige jetzt im leisen Südwinde leicht erschauerten, dann brachen auch Milly und Gret auf, Milly nicht ohne an Reinhard einen ihrer feurigsten Blicke zu verschwenden, den er lächelnd aufnahm, ohne ihn zu erwidern. — Bald lag der von der Abendsonne beschienene Platz unter den Birken vor der Mühle einsam und leer, denn Oswald und Reinhard hatten noch einen letzten Spaziergang vor des jungen Arztes Abreise unternommen und die beiden Schwestern waren ins Haus gegangen. — Tannen und Fichten rauschten, und der Mühlbach murmelte allerlei tolles, krauses Zeug durcheinander von Scheiden und Meiden, von Liebe und Glück.

— — — — — — — — — — — — — — — —

Suse stand am Fenster der großen Stube und horchte auf den Klang der Abendglocke, die vom Dorfe herüber drang. Ein finsterer, trotziger Zug, der früher dem holdseligen Mädchenantlitz fern gelegen, lagerte um die fest zusammengepreßten Lippen und die tiefblauen Augen sprühten in seltsamen Glanz. — Fritz war unbemerkt und nahe zu Suse getreten und schlang nun plötzlich zärtlich ihre Arme um der Schwester schlanke Taille. — Große Tränen standen in den Blau-Augen des rosigen Kindes und fast schluchzend kam es aus dem kleinen Munde: „Ach Suse! Nimm ihn doch nicht, den Onkel, wenn Du ihn nicht magst! Sieh, wenn ich jemand so lieb hätte wie Du den Waldy —" Suse sah erschreckt auf die kleine Sprecherin und legte ihre Hand auf den plaudernden Mund, Fritz aber machte energisch ihr Mündchen frei und fuhr fort — „ich ließe mich nicht an einen andern Mann ketten, lieber liefe ich davon bis ans Ende der Welt." — Suse blickte mit trübem, fast mitleidigem Lächeln auf die junge Schwester. — „Das verstehst Du nicht, Frieda," sagte sie endlich, „laß mich!" — „Was?" fuhr die Kleine auf, „ich sollte nicht verstehen, wie es ist, wenn sich zwei lieb haben? In allen Geschichten steht es ja, und vom alten Christian weiß ich es auch, der kann erzählen, sag' ich Dir, besser wie ein Buch, aber das weiß ich, daß es für ein Mädchen eine Sünde ist einen Mann zu nehmen, den es nicht mag, und das wollte ich Dir nur sagen." — Erstaunt und befremdet blickte Suse auf Fritzchen. Woher kam dem Kinde diese Sprache? — „Ich werde dafür sorgen, daß der alte Christian Dir keine Räuberromane mehr erzählt," sagte sie streng, „geh' jetzt in die Küche und sieh nach dem Abendessen, da vergißt Du die dummen Gedanken." — „Fällt mir gar nicht ein," schmollte Fritzchen. „Ihr denkt immer, dadurch, daß Ihr mich fortschickt, wäre alles getan, aber ich weiß doch was ich weiß, und wenn Du Onkel Reinhard heiratest, dann sage ich es ihm ganz bestimmt, daß Du ihn gar nicht magst, sondern den Waldy das sollst Du ganz gewiß sehen." — „Das wirst Du nicht tun," sagte Suse bestimmt, „denn es ist nicht wahr, daß ich Herrn von Degenhof liebe." — Fritzchen schnalzte ungläubig mit der Zunge. „Wer's glaubt, wird selig," erwiderte sie. „Daß Du Onkel Reinhard liebst, was Du doch tun mußt, wenn Du ihn heiratest, kannst Du einem andern vorreden, aber daß Du zitterst, wenn nur von Waldy die Rede ist, das weiß ich ganz gewiß, und das ist nur der Fall, wenn man verliebt ist, sagt Christian, und der muß's doch wissen." — Suse mußte über den Eifer ihres Schwesterchens trotz ihrer ernsten Stimmung doch lächeln. — „Sei ruhig, Kleine," sagte sie freundlich und ernst, „und hier ist meine Hand, daß mich niemand zwingt, Onkel Reinhard zu heiraten, und daß mein Herz keine Liebe zu Waldemar von Degenhof empfindet." — Suse hatte ungewöhnlich bestimmt und ruhig gesprochen, und ihre Worte schienen einen gewissen Eindruck auf Frieda nicht zu verfehlen. — „Wirklich?" fragte sie, erst zweifelnd und dann jauchzend, „wirklich?" — Und als Suse mit mattem Lächeln nickte, da umarmte sie die Schwester stürmisch. „Hurra! rief sie laut, „noch ist Polen nicht verloren. Da kann ja unsereins noch hoffen. Weißt Du, Rike sagt's auch, wenn ein Mädchen erst in die Jahre kommt, muß es sich nach einem passenden Mann umsehen, und da habe ich denn gedacht, der Degenhof wäre am Ende etwas für mich, wenn er auch arm wie eine Kirchenmaus ist, und ich seine äußeren Verhältnisse erst ausflicken müßte, und da ist es mir denn lieb, daß ich Dir nicht ins Gehege komme." — „Frieda!" rief Suse fast entsetzt, obgleich sie erst über Fritzchens Wichtigkeit, mit der sie über ihr fünfzehnjähriges Alter sprach, hatte lächeln müssen. „Du liebst ihn, ihn den Waldemar?" — „Ach Unsinn," sagte die Kleine, „schrei doch nicht so — ich will ja erst — weißt Du — weil's Zeit ist. Und wen sollte ich auch anders nehmen, als den Waldy?"

(Fortsetzung folgt.)

ihre Stimme für das alte Vaterland abgeben. Restlos arbeiten seit Monaten treudeutsche Männer an der Sammlung und Herbeiführung unserer oberschlesischen Landsleute im Reiche. Unentwegte Kleinarbeit hat sie alle Hindernisse überwinden lassen, alles ist vorgesehen und selbst das unbedeutend Erscheinende in Rechnung gestellt. Ebenso wie in Schleswig-Holstein werden auch in Oberschlesien deutsche Organisation, deutscher Fleiß und deutsche Opferwilligkeit über alle Hindernisse, die sich der Herbeiführung, Unterbringung und Verpflegung der im Reiche wohnenden Abstimmungsberechtigten in den Weg zu stellen scheinen, triumphieren, und so wird der Tag der Volksabstimmung in Oberschlesien das Deutschtum einen ebenso herrlichen Sieg erringen lassen, wie es ihn am 14. März in Schleswig-Holstein davongetragen hat. — Darum, Ihr deutschgesinnten Oberschlesier, blicken auch wir zuversichtlich in die Zukunft!

Bekennen wir uns freudig zu unser Mutter Deutschland. Und Ihr, Ihr Zaghaften, seid eingedenk des Beispiels von Schleswig mit Flensburg dort oben am deutschen Ost- und Nordseestrand. Auch wir werden es schaffen!

„Wir wollen keine Polen sein, wir wollen Deutsche bleiben!"

Darum Ihr Oberschlesier in Stadt und Land schließt Euch zusammen im Verein Heimatstreuer Oberschlesier", Bezirksgruppe Namslau, Geschäftsstelle Wilhelmstraße, Gasthaus Pietzonka, 2. Etage.

Das Reichswahlgesetz.

Der Verfassungsausschuß der Nationalversammlung hat in den Tagen vom 12. bis 20. April den ihm überwiesenen Entwurf eines Reichswahlgesetzes durchberaten. Die Annahme des Gesetzes durch den Ausschuß erfolgte einstimmig, und es ist ohne weiteres anzunehmen, daß auch die Verhandlungen in der Vollversammlung, die am 22. d. Mts. beginnen, ohne irgend welche Schwierigkeiten von statten gehen werden.

Die beiden leitenden Ideen in dem Entwurf des Reichsministers Koch, das automatische System und die Reichsliste, wurden von den Mitgliedern des Ausschusses ganz überwiegend mit großer Sympathie begrüßt und hernach einhellig in die Vorlage eingefügt. Das automatische System beruht darauf, daß auf je 60000 für einen Wahlvorschlag in einem Kreise abgegebenen Stimmen ein Abgeordnetensitz zugewiesen wird. Auf diese Weise fallen alle rechnerischen Künsteleien weg und eine völlig gleichmäßige Austeilung der Mandate an die Parteien wird gewährleistet, dies umsomehr, wenn zur Ergänzung noch ein Verfahren hinzutritt, das die in den einzelnen Wahlkreisen übrigbleibenden Reststimmen auffängt und noch einmal unter Anlegung der Ziffer sechzigtausend zur Verwertung bringt.

Während sich gegen das automatische System kaum irgendwelche Bedenken erhoben, wurde doch gegen die im ursprünglichen Entwurf vorgesehene Reichsliste geltend gemacht, daß die überschüssigen Stimmen der Wahlkreise allzu unmittelbar von den örtlichen Stellen auf die „Berliner Liste" der jeweiligen Partei übergehen würden. Infolgedessen wurde zwischen die örtlichen Wahlkreise und die Reichswahlliste eine Zwischeninstanz eingeschoben: der Wahlkreisverband. Zwei oder drei Wahlkreise werden lediglich zu rechnerischen Zwecken zusammengebunden; die überschießenden Stimmen jeder Partei werden erst in diesem Verband angesammelt, und wenn sich dabei ergibt, daß ein Gesamtrest von über sechzigtausend Stimmen vorhanden ist, so wird dem Verbande ein neues Mandat gewährt, und es fällt dieses Mandat auf denjenigen Wahlkreis, in dem die betreffende Partei die meisten Reststimmen innerhalb des Verbandes hat. Dieses Verfahren hat den großen Vorzug, daß die Wahlkreise selbst in der Aufstellung ihrer Kandidaten und in der Agitationsarbeit für sie durch die angeschlossenen Nachbarwahlkreise nicht gestört werden.

Es sind auf diese Weise 35 Wahlkreise und 17 Wahlkreisverbände geschaffen worden. Es leuchtet ohne weiteres ein, daß durch die Ueberleitung der Reststimmen der Wahlkreise zunächst auf die Verbände die Zahl der Mandate, die schließlich aus der Reichswahlliste erwächst, nur ziemlich gering sein kann. Wenn z. B. aus drei verbundenen Wahlkreisen zusammen 125000 Reststimmen auf den Verband übergehen und sich dort zu 2 Mandaten verdichten, die dann noch den beiden Wahlkreisen mit den höchsten Reststimmen zufallen, so bleiben für die Reichsliste nur 5000 unverbrauchte Stimmen übrig, während bei Nichtvorhandensein der Verbandszwischeninstanz sämtliche 125000 Stimmen als Reste der Einzelwahlkreise auf die Reichsliste übergegangen wären. Es ist anzunehmen, daß jede Partei auf der Reichsliste nur höchstens 6—7 Abgeordnete haben wird, und es wird Aufgabe der Parteien sein, diese wenigen Plätze mit besonders für das Parlament geeigneten Persönlichkeiten zu besetzen.

In der Anrechnung der Reststimmen liegt das ganze Reich liegt nun die unverkennbare Gefahr, daß ganz kleine Sondergruppen, politische Sekten und Berufsinteressenten die Gelegenheit benutzen würden, in ganz Deutschland Stimmen zusammenzuscharren und damit ein Mandat zu erwerben. Der Verfassungsausschuß hat gegen diese Gefahr durchgreifende Sicherungen geschaffen. Es wurde beschlossen, daß die Reststimmen eines Verbandes unberücksichtigt bleiben sollen, wenn nicht wenigstens auf einen der verbundenen Kreiswahlvorschläge 30000 Stimmen oder mehr abgegeben sind. Wenn also in drei verbundenen Wahlkreisen eine Gruppe 28000, 25000 und 20000 Stimmen, also insgesamt 73000 Stimmen erhält, so wird, obwohl die Zahl 60000 weit überschritten ist, doch zunächst kein Mandat ausgeteilt. Es werden vielmehr die gesamten 73000 Reststimmen zur Verrechnung der Reichswahlliste überwiesen. Aber auch hier können sie nur dann zur Wirkung kommen, wenn die betreffende Gruppe irgendwo anders direkt Mandate erzielt hat, denn eine weitere Bestimmung sagt, daß einem Reichswahlvorschlag höchstens die gleiche Zahl der Abgeordnetensitze zugeteilt werden kann, die auf die ihm angeschlossenen Kreiswahlvorschläge entfallen sind. Ist also auf eine Zwergpartei kein solcher Sitz entfallen, d. h. hat sie in keinem Kreisverbande ein Mandat erhalten, so kommen auch die sonst erzielten Stimmen nicht zum Zuge.

Es ist in der Vorlage auch der interessante Versuch unternommen worden, die den Parteien erwachsenen gewaltigen Wahlkosten in etwas dadurch abzumildern, daß das Reich den Parteien einen Beitrag für ihre Stimmzettel je nach der Höhe der auf sie entfallenden Stimmen zurückvergüten soll. Auch in dieser Bestimmung wird zum Ausdruck gebracht, wie sehr der demokratische Staat das Vorhandensein der Parteien als eine staatliche Notwendigkeit empfindet. („Liegn. Tagebl.")

Deutsch-demokratischer Handwerkertag.

Aus allen Teilen des Landes zahlreich besucht, hat in Stuttgart ein demokratischer Handwerkertag stattgefunden. Den Mittelpunkt bildete ein Vortrag des Abg. Hermann-Reutlingen über „Demokratische Handwerkerpolitik in der Nationalversammlung". Er schilderte nach der „Ulmer Ztg." die Bedeutung des Reichswirtschaftsrates für das Handwerk. Seine Aufgabe sei, die Gesetze vorzuberaten, die nachher vom Parlament beschlossen werden sollen. Es sei zu hoffen, daß dort durch Sachverständige eine bessere Förderung von Handel und Gewerbe zu erreichen sei. Seine Aufgabe sei die Entpolitisierung aller wirtschaftlichen Fragen. Hinsichtlich der Sozialisierung habe die deutsche Demokratie ein besonderes Verdienst. Die Partei habe die Kommunalisierung der Handwerksbetriebe auf das Entschiedenste abgelehnt. Darauf habe die Regierung das Rahmengesetz zurückgezogen und die Sozialisierungskommission ihre Tätigkeit eingestellt. Nur die Einzelwirtschaft kann uns wieder auf die Höhe bringen. Die Einzelwirtschaft muß sich darauf einstellen, daß sie in reichem Maße auch für die Volksgesamtheit arbeiten muß. Es ist der Fluch der Helfferichschen Finanzpolitik, daß wir heute solche Lasten zu tragen haben. Die Opposition verlange heute Dinge, die, wenn sie morgen an die Regierung komme, sie selbst nicht ausführen könne. Auf zahlreichen Gebieten können wir die Zwangswirtschaft nicht entbehren. Wir müssen eine Uebergangswirtschaft durch Selbstverwaltungskörper der daran beteiligten Industrien schaffen. Der Achtstundentag für die Industriearbeiter, die nur mechanisierte Nummern geworden seien, habe seine Berechtigung, aber das Handwerk bliebe den in ihm beschäftigten Arbeitern so ganz andere Lebensbedingungen, habe so ganz andere Bedürfnisse des wirtschaftlichen Lebens, daß man für das Handwerk nicht schematisch die gleichen Normen schaffen könne, wie für die Industrie. Das Betriebsrätegesetz in seiner jetzigen Form brauche das Handwerk nur in geringem Umfang und lasse sich mit einer gedeihlichen Weiterführung der Wirtschaft durchaus in Einklang bringen.

[Eingesandt.]

Um was gehts?

Von Oberbürgermeister Dr. Külz, Mitglied der Nationalversammlung.

In wenigen Wochen steht das deutsche Volk vor dem ersten Reichstagswahlen der deutschen Republik. Das Ergebnis der Wahlen wird auf Jahre hinaus entscheidend für unser politisches und wirtschaftliches Leben sein. Die Zeit, die wir jetzt durchleben, zeigt jedem, der nicht mit völliger politischer Blindheit geschlagen ist, wo die Feinde einer Gesundung unseres schwer zerrütteten Volks- und Wirtschaftskörpers stehen. Die Wahnsinnstat eines Kapp, eines Mitgliedes des Zentralvorstandes der deutschnationalen Volkspartei, hat uns erneut an den Rand des Abgrundes gerissen. Der von rechts ausgehende Angriff auf die Staatsordnung rief mit Naturnotwendigkeit auf der äußersten Linken den Bolschewismus auf den Plan. Im gleichen Augenblicke, als die Folgen einer zähen und uneigennützigen Arbeit der jungen deutschen Demokratie die ersten Spuren einer langsamen Aufwärtsbewegung zeigten, wurden von neuem unser Staats-, Volks- und Wirtschaftsleben den schwersten Zerrüttungen ausgesetzt.

Gibt es überhaupt noch eine Rettung aus allen diesen Wirrnissen der Zeit? Gibt es überhaupt noch einen Weg, der aus diesem Labyrinth von Irrsinn und Verblendung herausführt? Ja, er liegt klar und erkennbar vor uns, und es hängt nur von uns selbst ab, ihn auch tatsächlich zu beschreiten. Bei der bevorstehenden Wahl ist das deutsche Volk selbst in der Lage, sich die gesicherten Grundlagen seiner Neuordnung und seiner Wiedererstarkung selbst zu schaffen, wenn es sich endlich entschlossen abwendet von allen denen, die es immer wieder von neuem ins Unglück stürzten, und wenn es sich geschlossen denen zuwendet, die sich allein als sichere Stützen und Träger des Wiederaufbaues gezeigt haben.

Daß von der äußersten Linken nur Tod und Vernichtung drohen, das hämmern uns tagtäglich die Worte und Taten derer ein, die mit Raub, Mord und Brand im Ruhrgebiet, im Vogtlande und an anderen Orten hausen. Daß von rechts her keine Rettung und Hilfe kommen kann, zeigten allen, die es noch nicht gewußt haben sollten, mit tagheller Klarheit die Märztage 1920. Wo waren denn am 13. März Stresemann und die um ihn, als es galt, in raschem Entschluß und mit klarem starkem Wort den Bannstrahl gegen die Kappleute zu schleudern! Was hat denn unsere Schwerindustrie mit ihrer Orientierung nach rechts anderes erreicht, als daß jetzt von dort Aufruhr gegen die Staatsordnung kam, welche Chaos und Auflösung in den Betrieben der Schwerindustrie zur Folge hatte.

Aus den Reihen der Deutschnationalen nahm ein Kapp die Helfer zu seinem Staatsverbrechen. Aber auch die deutsche Volkspartei als solche sprach in ihrer Kundgebung vom 13. März die Träger dieses Schurkenstreiches als eine neue Regierung an, und rückte von ihnen erst ab, als sich die Aussichtslosigkeit dieses Beginnens auch ihnen zeigte. Einzig und allein die deutsche Demokratie erwies sich in der Not und Gefahr vom ersten bis zum letzten Augenblicke als zuverlässige Trägerin der Staatsordnung. Sie allein erkannte sofort die vernichtenden Wirkungen eines solchen Streiches für unser Volks- und Wirtschaftsleben. Sie allein bot der Gewalt die Stirn.

Das deutsche Volk weiß jetzt, wer der einzige treue Hüter seiner Verfassung, wer der allein sichere Beschützer seines Wirtschaftslebens, wer allein in der Lage ist, den Gewaltaten von rechts, der Räteherrschaft von links und den verfassungswidrigen Machtgelüsten einzelner Gewerkschaftsdiktatoren zu trotzen.

Kann heute unser Volk noch schwanken, wem es bei den bevorstehenden Wahlen seine Interessen anzuvertrauen habe? Nur die deutsche Demokratie hat sich bewährt als die Hüterin der Rechte eines freien Volkes, nur sie hat die großen Linien klar erkannt, unter denen allein eine Wiedererstarkung denkbar ist. Nur sie allein ist in der Lage, die Kluft zu überbrücken, die zwischen unserem Volke von rechts und links klafft, nur sie ist bereit und befähigt, die unser Wirtschaftsleben zerfetzenden Kämpfe zu mildern und in organischem Aufbau eine Neuordnung zu schaffen.

Niemals wird eine Regierung, die von Elementen der Rechten geblidet ist, für unser Volks- und Staatsleben den Frieden bringen können, denn sie wird nie das Vertrauen der breiten Masse des deutschen Volkes haben, am allerwenigsten jetzt, wo der reaktionäre Staatsstreich von rechts mit so handgreiflicher Deutlichkeit gezeigt hat, welcher Gefahren von dort Demokratie und Verfassung gewärtig sein müssen. Eine Regierung aber ohne vertrauensvolle Mitarbeit der deutschen Arbeiterschaft ist ebenso undenkbar wie eine reine Arbeiterregierung. Nur auf dem Boden der Koalition aller demokratischen Volkskräfte ist eine Führung der Staatsgeschäfte möglich. Die sich auf die äußerste Rechte stellen, tragen zur Verewigung der revolutionären Spannung genau so bei, wie die auf der äußersten Linken.

Niemals auch kann ein unter dem Einfluß der Rechten stehendes Deutschland auf einen Abbau des Völkerhasses gegen das deutsche Volk hoffen. Die Rechte, als Träger des alten Systems, hat die vergiftete Atmosphäre schaffen helfen, die uns den freien Atem in der Welt raubt und dem Erstickungstode aussetzt; für ewige Zeiten wird sie auch dem Auslande gegenüber belastet bleiben mit der Sünde der Ueberspannung des Machtgedankens. Nur ein Deutschland, das als Träger des Rechtsgedankens erscheint, kann die Welt mit dem Rufe nach dem Recht eigener nationaler Selbstbestimmung erfüllen. Darum: Wer den inneren und äußeren Frieden wünscht, — und das ist die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes, — muß es als heiligste Pflicht gegen sich und das Vaterland erkennen, die Lebenskraft der Demokratie zu stärken.

Kampf gegen den Umsturz von rechts und von links, sozialer Ausgleich und soziale Versöhnung, Festigung der Staatsordnung im Innern gegen alle Angriffe, Erhaltung der Geltung des Volkswillens gegen die Diktatur reaktionärer oder bolschewistischer Minderheiten, Recht und Gerechtigkeit im Leben der Völker — das sind die Grundlagen, ohne die eine Wiederbelebung unseres zusammengebrochenen Volkes nicht denkbar ist. Diese Grundlagen zu schaffen und zu festigen hat das deutsche Volk selbst in der Hand, wenn es sich restlos zur deutschen Demokratie bekennt. Wäre diese Bekenntnis bisher schon entschiedener und allgemeiner betätigt worden — die Unglückstage des März wären nicht möglich gewesen —.

Noch ist es Zeit, das Versäumte nachzuholen. Die Wahlen bieten die letzte Gelegenheit; werden sie versäumt, rückt das deutsche Volk nicht mit Entschiedenheit von der Katastrophen-Politik der Rechten ab, dann wird ihm auch das schwerste nicht erspart bleiben.

Die deutsche Demokratie tritt in den Wahlkampf mit der Gewißheit ein, daß sie getragen wird von dem Vertrauen und von der Hoffnung unseres Volkes.

Polnische Zustände.

Aus Posen wird uns, so schreibt das „Liegnitzer Tageblatt", berichtet:

Wer gehofft hat, daß die drohende Bolschewistengefahr die Polen zur Besinnung bringen würde, hat sich gründlich getrrt. Im Augenblick, wo der neue Staat alle Kräfte zusammenfassen müßte, um über die jetzige außerordentlich schwierige Lage hinwegzukommen, kennt er nur ein Ziel, die Polonisierung um jeden Preis. Das Beamtenabkommen ist endgültig gescheitert. Die Polen haben auch den Lehrerpersonen im weitesten Umfang zum 1. April gekündigt, und zwar nicht nur den staatlichen, sondern auch den städtischen. Der Bromberger Magistrat mit seinem polnischen Stadtpräsidenten an der Spitze hat zwar energische Schritte getan, um die über seinen Kopf hinweg erfolgten Kündigungen seiner städtischen Lehrer rückgängig zu machen, aber es bleibt bei der Verfügung der polnischen Regierung. Allerdings ist den gekündigten Lehrern „gestattet" worden, noch so lange Dienst zu tun, bis Ersatz für sie da ist — gegen Tagegelder. Der polnische Hochmut kennt aber keine Grenzen mehr. Einzelnen Lehrern ist sogar zugemutet worden, sich um Wiederbeschäftigung zu bewerben. Leider gibt es noch den einen und anderen, der sich zu so etwas bereit findet.

Auch sonst wird um jeden Preis polonisiert. Polnische Familien aus Kongreßpolen wandern in die deutschen Städte ein. Die Kongreßpolen kaufen Grundbesitz um jeden Preis ohne Rücksicht auf die Rentabilität. Das Geld ist ja allerdings auch minderwertig genug.

Industriewaren gibt es so gut wie gar nicht mehr. Wenn jemand irgendwo eine Tasse oder einen Teller erstehen kann, so ist es ein wahres Wunder. Auch wird der Käufer verpflichtet, ja nichts zu erzählen, wo er diese heißbegehrten Gegenstände bekommen hat. Die Läden sind gänzlich leer. Die Kaufleute betrachten das mit einem nassen und einem trockenen Auge, denn mit 35 v. H. Währungszuschlag auf die deutschen Einkaufspreise und 25 bis 40 v. H. Verdienst ist jeder Verkauf eine Vermögenskonfiskation, wenn der Kurs 100 zu 300 steht.

Einfuhr von Waren ist unmöglich. Es ist so gut wie alles verboten. Zudem sind auch die Zölle von einer derartig phantastischen Höhe, daß schon daran jede Einfuhr scheitern würde, und nicht allein bei Luxusgegenständen, sondern auch bei denen des täglichen Bedarfs. Die Folge dieser Warenknappheit ist natürlich trotz aller Wucherämter die, daß die Preise steigen, denn die Waren sind bald nur noch im Schleichhandel zu haben. Der Woiwode von Pommerellen hat in dieser Beziehung besonders weise gehandelt. Er hat jeden Währungszuschlag verboten. Die Folge davon war, daß die Kleinhändler ihre Waren sofort an Kommissionäre und Schieber loßschlugen, um dem Verlust zu entgehen. Später werden sie wahrscheinlich wieder von den Kommissionären kaufen, bekommen dann aber eine Rechnung über den höheren Preis und sind dem Wucheramt gegenüber gedeckt, wenn auch das Publikum das Doppelte und Dreifache bezahlt.

Der Belagerungszustand geht lustig weiter, und es passieren allerdings auch empörende Dinge, die sein Weiterbestehen rechtfertigen. Ein Dienstmädchen hat an ihrer Zimmerwand ein kleines schwarz-weiß-rotes Papierfähnchen hängen. Eines schönen Tages entdecken das einige polnische Soldaten von der gegenüberliegenden Wache aus, als das Fenster aufsteht. Darauf wird das Mädchen sofort verhaftet und erst auf lange Vorstellungen des Dienstherrn ihn wieder freigelassen. Natürlich 50 Mark Strafe. Ein würdiger alter Herr, den die ganze Stadt kennt, bekommt einst ein Strafmandat, weil er die Polizeistunde um 5 Minuten überstreten hat. Seine Frau liefert ihm das Schreiben nicht rechtzeitig ab, und so kommt es, daß er nicht rechtzeitig zum festgesetzten Termin bezahlt. Daraufhin sofort Verhaftung. Soldaten mit aufgepflanztem Seitengewehr führen ihn durch die ganze Stadt zur Wache, bloß damit er das Geld bezahlt.

Trotzdem ist das Deutschtum rührig. Das Posener Deutsche Haus an der Kaponniere blüht. Der Betrieb ist so tadellos,

daß er der Versammlungspunkt der französischen Offiziere ist, die sich dort besonders wohl fühlen, obwohl das von den Deutschen begreiflicherweise mit gemischten Gefühlen betrachtet wird. In anderen Städten werden ebenfalls „Deutsche Häuser" gegründet. Die Entwickelung des Schulwesens hat die Posener Deutschen veranlaßt, ein Privatgymnasium zu gründen, das zu Anfang des neuen Schuljahres im September 1920 eröffnet werden soll. Lissa fing mit 4 Klassen am 15. April an, andere Städte werden folgen. Der Opfersinn ist groß in allen Kreisen der Bevölkerung. Hoffentlich im Reiche auch! Es ist wirklich an der Zeit, daß die Deutschen im Reich sich ihrer bedrängten Brüder im Osten tatkräftig annehmen.

Nachrichten

übermittelt von Wolff's Telegraphen-Büro.

Eröffnungsfeier der Breslauer Messe.

WTB. Breslau, 25. April. Heute vormittag fand die feierliche Eröffnung der 2. Messe in der mächtigen Jahrhunderthalle statt. Herr Stadtrat Dr. Leß begrüßte im Namen der Messegesellschaft die erschienenen Gäste, unter ihnen besonders die Vertreter des Oberpräsidenten und des Regierungspräsidenten, den Oberbürgermeister und weitere Spitzen der Behörden. Reichspräsidium und Handelsministerium hatten infolge dringlicher Geschäfte schriftlich ihr Fernbleiben entschuldigt. Den Festgästen konnte Stadtrat Leß die Mitteilung machen, daß das preußische Handels- und Finanzministerium der Breslauer Messegesellschaft eine Subvention von 100000 Mark gewährt hat. Oberbürgermeister Dr. Wagner, der hierauf das Wort ergriff, wies auf die besondere Mission hin, die Breslau als Bollwerk deutscher Kultur in der Zukunft gegenüber seinen Nachbarn zu erfüllen habe und gab der festen Zuversicht Ausdruck, daß deutsche Industrie, deutscher Handwerksfleiß u. deutscher Handel aus dieser schweren Zeit gesunden werde zum Wohle des Reiches und der Stadt Breslau. Mit scharfen Worten wandte er sich gegen die Teilnahmslosigkeit der Reichsstellen und gegen die Monopolisierung der Messe in Leipzig. Handelskammerpräsident Dr. Grund erklärte die Wichtigkeit der Messen für Schlesien in industrieller und wirtschaftlicher Beziehung. Er dankte der Messegesellschaft, besonders ihrem Geschäftsführer, ebenso wie die Vorredner, für diese Schöpfung. Der Geschäftsführer, Direktor Wilhelm Wolf, konnte mitteilen, daß 1200 Firmen auf dieser Messe ausstellen und bis heute früh nicht weniger als 10000 Messeabzeichen vertrieben wurden, woraus ersichtlich ist, daß die Messe nicht nur einem lokalen Bedürfnis entspricht, was am besten dadurch illustriert werde, daß nur 325 Breslauer Firmen ausstellen. Von Besuchern sind ungefähr 500 Polen, eine Menge Tschechoslowaken, Ungarn etc. gemeldet. Ungarn hat eine besondere Regierungskommission gesandt. Ein Rundgang durch die Ausstellung bewies den Gästen die sorgfältige, mühevolle und durchaus gelungene Arbeit deutschen Fleißes.

WTB. Haag, 25. April. Nieuwe Courant meldet aus London: Lord Robert Cecil sagte in einer Rede in der Völkerbundsvereinigung, der Friedensvertrag dürfe nicht zum Fetzen Papier werden. Auf der anderen Seite dürfe auch nichts Unmögliches verlangt werden. Wir müssen, sagte er, so schnell als möglich aus der Kriegs-Atmosphäre heraus.

Polen droht mit der Besetzung deutscher Länder.

Wtb. Allenstein, 23. April. Wie die „Gazeta Olsztynska" (Volksblatt Allenstein) meldet, hat die polnische Regierung den Obersten Rat benachrichtigt, daß sie deutsche Länder militärisch besetzen werde, wenn Deutschland seine Friedensverpflichtungen Polen gegenüber nicht halten würde.

Die Notwendigkeit eines Heeres von 200000 Mann.

Wtb. Berlin, 24. April. Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, ist die von der deutschen Regierung den Verbandsstaaten überreichte Note über die dauernde Beibehaltung eines Heeres von 200000 Mann damit begründet, daß 100000 Mann, die in einzelnen Garnisonen über ganz Deutschland verstreut werden müßten, zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung und somit für Regelung des wirtschaftlichen Lebens, durch die überhaupt erst die Erfüllung des Friedensvertrages möglich sei, nicht hinreichen würden. Durch die Verschiebung der Bildung eines 100000 Mann starken Heeres auf einen späteren Zeitpunkt leide die Einheitlichkeit und die Festigkeit des Heeres auf das Schärfste angesichts der Ungewißheit der Zukunft seiner Angehörigen. Auch ein 200000 Mann starkes Heer könnte als Kampfmacht weder zur Verteidigung noch zum Angriff gegen eine ausländische Macht in Betracht kommen, ganz abgesehen davon, daß gerade innere Verwickelungen starke Streitkräfte im Interesse des Reiches zur Aufrechterhaltung der Ordnung und der gesetzmäßigen Verwaltung notwendig machen. Die beantragte Beibehaltung je einer Batterie schwerer Artillerie für jede der 12 Infanterie-Divisionen und 4 Eisenbahnkompanien seien nötig, weil die Erfahrung gezeigt hat, daß die Aufrührer ihre Kämpfe nach den Erfahrungen des Stellungskrieges durch Anlegen von Feldbefestigungen führten, und daß dieser Ueberlegenheit gegenüber die Regierungstruppen über gleichwertige oder überlegenere Kampfmittel verfügen müßten. Diese müßten sofort zur Stelle sein. Um gleich die von aufrührerischen Elementen aus politischen Gründen für die Verhinderung von Truppentransporten verlangte Lahmlegung des Eisenbahnbetriebes zu verhindern, sei es unbedingt notwendig, über einige Kompanien zu verfügen, mit denen der Betrieb der Truppenverschiebungen aufrecht erhalten werden könne, und die auch in der Lage seien, Bahnzerstörungen wieder herzustellen. Kleine Fliegerformationen werden nur vorübergehend bis zu einer Beruhigung der Lage zur Aufrechterhaltung der Verbindungen und zur Aufklärung beantragt.

WTB. Frankfurt a/M., den 25. April. Vom französischen Kriegsgericht wurde heute ein Chemiker aus München zu 15 Tagen Gefängnis verurteilt, weil er eine französische Militärperson bedroht haben soll, ferner ein Arzt wegen Beleidigung und Bedrohung einer französischen Feldwache zu 10 Tagen Gefängnis.

WTB. San Remo, 25. April. Der Oberste Rat hielt am Sonntag zwei Sitzungen ab. Nach einer weiteren Sitzung am Montag wird die Konferenz vertagt werden.

WTB. San Remo, 25. April. Die Konferenz hat im Prinzip beschlossen, am nächsten Montag deutsche Delegierte nach Belgien zu einer Zusammenkunft mit Vertretern der Alliierten einzuladen, um über die Anwendung der Wiedergutmachungs-Bestimmungen zu beraten.

— Von Regierungsseite wurde auf eine Anfrage mitgeteilt, der Emil Fischal sei aufgefordert worden, vor der Friedenskonferenz zu erscheinen, um seine Ansprüche persönlich vorzutragen. Vorher sei es nicht möglich, zu sagen, was er beanspruche.

— Auf einer gestern in Meißen abgehaltenen Delegierten-Konferenz der sächsischen Sozialdemokratie verlangte nach den Morgenblättern der Fraktionsvorsitzende Sindermann das Festhalten an der demokratischen Tradition, ferner, daß die Einigung mit den Unabhängigen nicht abhängig gemacht werde von der Entfernung der Demokraten aus der Regierung.

— Der Wahlkreisverband Berlin der Deutschen Volkspartei hielt gestern ebenfalls, wie einige Blätter zu berichten wissen, eine Versammlung ab, in der Stresemann sprach. Die Kapp-Episode sei insofern gut gewesen, als man bei uns eingesehen habe, daß mit Bajonetten nichts zu erreichen sei. Wenn man aber jetzt die Einwohnerwehren auflöse und das Proletariat bewaffne, dann würden bei uns dieselben Folgen eintreten, wie in Rußland.

— Weiterhin teilten die Morgenblätter mit: Der Allgemeine Verband der deutschen Bankbeamten verhandelte in zwei stark besuchten Berliner Versammlungen gestern über die gescheiterten Berliner Verhandlungen über den Reichstarif und verlangte Mitbestimmungsrecht in allen Fragen des Betriebes.

Privattelegramm. Berlin, 26. April. In einer sozialdemokratischen Generalstreik-Versammlung in Teltow-Beskow wurde gestern ausgeführt, daß schon aus rein praktischen Erwägungen, insbesondere aber auf Grund grundsätzlicher Gegnerschaft, die Sozialdemokratie sich gegen die Diktatur wenden müsse. Gerade durch die Ablehnung der Diktatur bei dem Kapp-Putsch in Berlin sei weiteres Blutvergießen vermieden worden.

— In einer von der deutsch-demokratischen Partei in Magdeburg abgehaltenen Wahlversammlung führte Vizekanzler a. D. Schiffer aus, daß die Nationalversammlung die Brücke vom alten zum neuen Zustand geschaffen habe. Mitten in der Arbeit des Aufbaues sei der Kapp-Putsch hereingeklatscht. Die Abreise der Regierung aus Berlin sei keine Flucht gewesen. Er selbst habe mit Kapp verhandelt, um Blutvergießen zu vermeiden und um den Gegner zu überzeugen, daß sein weiteres Verbleiben unmöglich sei. Er habe es abgelehnt, auf die sieben Punkte Kapps einzugehen und bedingungslose Kapitulation verlangt. Ein führender Sozialdemokrat habe ihm gesagt, er könne es nicht billigen, daß mit Kapp verhandelt würde. Er meinte: Lieber tausende von Arbeiterleichen als eine Verhandlung mit Kapp. Sobald Kapp gestürzt war, mußte der Generalstreik aufgegeben werden.

Für die völlige Entwaffnung Deutschlands.

WTB. Paris. Der Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten nahm einstimmig folgenden Antrag an: Die Kammer beschließt im Interesse der Erlangung eines allgemeinen Friedens und der Wiederherstellung normaler Beziehungen zwischen allen Völkern die völlige Entwaffnung Deutschlands und fordert die Regierung in aller Form auf, zu verlangen, daß die durch den Versailler Vertrag festgesetzten Entwaffnungsbedingungen durchgeführt werden.

Das Programm des neuen Reichsministers des Aeußeren.

Berlin. Der neue Außenminister Dr. Köster äußerte zu einem Redaktionsmitglied des „Vorwärts" über sein Programm unter anderem:

Mehr denn je sei eine klare demokratische Politik im Innern die Vorbedingung für erfreuliches Wirken nach Außen. Das Ausland habe nur Vertrauen in das Deutschland der Koalition. Ebensowenig, wie der Verband eine Kapp-Regierung geduldet hätte, ebensowenig würde er eine Diktatur des Proletariats gestatten. Als eine seiner nächsten Aufgaben betrachte der Minister eine möglichst baldige Räumung der Mainguastädte. Dazu müsse aber auf der äußersten Rechten und der äußersten Linken alles vermieden werden, was geeignet sei, den Scharfmachern links des Rheins neue Vorwände in die Hand zu spielen. Weiterhin sagte der Minister: Mehr denn je brauchen wir jetzt das Vertrauen des Auslandes. Dies ist die Vorbedingung für eine Revision des Friedensvertrages. Ich erblicke im Versailler Friedensvertrag eine Tatsache, die wir durch unsere Unterschrift feierlichst anerkannt haben. Wir müssen der Versuchung widerstehen, eine Reklamationspolitik zu betreiben, die ihren Zweck gänzlich verfehlt.

Reichswehrminister Geßler über eine republikanische Volkswehr.

München, 24. April. In einer Vertreterversammlung der Demokratischen Partei äußerte sich Reichswehrminister Geßler über die Bildung einer republikanischen Kerntruppe unter anderem, daß die Berliner Garnison nicht stark genug sei, da die Regierung imstande sein müsse, an besonders bedrohte Stellen eine starke und zuverlässige Truppenmacht zu werfen. Es bestehe daher die Absicht, in der Nähe Berlins eine Brigade aufzustellen, die bedingungslos nach den Grundsätzen des alten Heeres bereit ist, den Befehlen der Regierung zu folgen, wenn die Verfassung in Gefahr sei. Auch monarchistischgesinnte Offiziere hätten im Heere ebenso wie republikanischgesinnte Platz, wenn sie bereit seien, unter allen Umständen für den Schutz der Verfassung einzutreten.

Der „München-Augsburger Abendzeitung" zufolge soll die Bildung des neuen Reichswehrverbandes auf Kosten aller übrigen Reichswehrteile mit der Bezeichnung „Brigade Döberitz" erfolgen. Auch sollen zu dem Truppenteil die besten Bestandteile der Reichswehr sowie der organisierten Arbeiterschaft herangezogen werden. Weiter soll die Wehrmacht, und zwar sowohl die Reichswehr wie Einwohnerwehren, demokratisiert werden. In Bayern erheben sich bereits Stimmen gegen diese Aufstellung der Neuformierung von Truppen. So warnen die „München-Augsburger Abendzeitung" und der „Bayerische Kurier" „vor der Roten Garde" und fordern, daß die bayerische Regierung mit Dr. Geßler „Fraktur" spreche.

Kapp und Schweden.

Berlin. Ueber Kapp schweben noch Erwägungen. Man rechnet mit der Möglichkeit, daß er der Anstiftung einiger während seiner Amtszeit begangener Verbrechen und Vergehen beschuldigt und auf Grund dessen seine Auslieferung verlangt werden wird. Die Stockholmer Kriminalpolizei hat ihr Gutachten im Falle Kapp abgegeben. Es lautet wegen Paßfälschung auf Ausweisung. Die Angelegenheit unterliegt zurzeit der Beschlußfassung. An die schwedische Regierung hat sich Kapp in einem Schreiben gewandt, in dem er es als seinen Wunsch erklärt, in Schweden bleiben zu dürfen und seine Familie nachkommen zu lassen. Er verpflichtet sich, sich von Politik und von deutschen politischen Verhältnissen vollkommen fern zu halten. Sollte er wider Erwarten keine Erlaubnis erhalten, in Schweden zu bleiben, so bittet er um Ausstellung eines Passes, der ihm die Reise über Belgien und Frankreich nach der Schweiz erlaubt. Aus leicht verständlichen Gründen möchte er Zuflucht in einem Lande suchen, das nicht, wie England und die Vereinigten Staaten, noch vor kurzer Zeit mit Deutschland im Kriege war.

Konferenz der Ostseestaaten.

Stockholm. Die Ostseestaaten haben zum 16. Mai eine Konferenz nach Riga einberufen, um die Frage eines Bündnisses der baltischen Staaten, die Kursfrage und die Interessen an der Ostsee zu studieren. Die skandinavischen Staaten sind aufgefordert worden, an der Konferenz teilzunehmen, haben aber eine Beteiligung abgelehnt.

Ergebnis der tschecho-slowakischen Wahlen.

72 deutsche Mandate, über 1½ Millionen deutsche Stimmen.

Prag. Nach dem sozialdemokratischen „Pravo Lidu" wird sich die Abgeordnetenkammer wie folgt zusammensetzen: Tschechische Sozialdemokraten 77, deutsche Sozialdemokraten 32, mährische Sozialdemokraten 10, tschechische Sozialisten 22, zusammen 141 sozialistische Mandate. Auf die bürgerlichen Parteien werden entfallen: Agrarier und Partei Srobarsin der Slowakei 41, Nationaldemokraten 17, Klerikale 35, Gewerbepartei 4, die deutschen Parteien 40, zusammen 137 bürgerliche Mandate. Die Stimmen der Wähler in Böhmen, Mähren und Schlesien stellten sich wie folgt (in Tausenden angegeben): Deutsche Sozialdemokraten 687, deutsche Wahlgemeinschaft 329, Bund der Landwirte 239, deutsche christlich-soziale Partei 213, deutsch-demokratische Freiheitspartei 105, insgesamt 1573000 deutsche Stimmen. Auf die tschechischen Parteien entfallen: Tschechische Sozialdemokraten 1068, Agrarier 601, Nationalsozialisten 472, Volkspartei 463, Nationaldemokraten 389, Gewerbetreibende 122, Mohrecsche 58, Juden 34.

Lokales.

?? Namslau, 26 April. (Namslauer Ortsverband für Leibesübungen.) Der Einladung des Ortsverbandes zu einer Beratung über die Stellungnahme zu dem vom Deutschen Reichsausschuß für Leibesübungen für Sonntag, den 9. Mai, beschlossenen allgemeinen deutschen Spielplatz-Werbetag waren am 22. April die Vorstände der im Ortsverbande zusammengeschlossenen Vereine und die Kollegien der hiesigen Schulen mit einer einzigen Ausnahme gefolgt. Der Vorsitzende, Herr Lehrer Bäßold, gab zunächst Auskunft über Zweck und Ausführung der geplanten Kundgebung, die in Gestalt eines „Sternlaufes" erfolgen soll. Nachdem das Für und Wider erwogen worden war, faßte man den Beschluß, die Vorbereitung dieses Sternlaufs aufzunehmen und betraute hiermit einen besonders hierfür gewählten technischen Ausschuß. In den nächsten Tagen wird in Vereinen und Schulen für die Beteiligung an dieser Veranstaltung geworben werden. Es sei an dieser Stelle noch darauf hingewiesen, daß mit der Teilnahme an diesem Sternlauf durchaus keinerlei Ueberanstrengung verbunden ist. Es handelt sich nicht um einen Wettlauf. Der Grundplan ist vielmehr folgender: Die Teilnehmer versammeln sich auf den Zufuhrstraßen zur Stadt im Umkreise von etwa 1½ km Halbmesser. Von da aus sollen sie gruppenweise in Laufkolonnen dem Mittelpunkt der Stadt zueilen, um sich dort zur Kundgebung zu vereinen. Die Zulaufstrecken werden teils im Marsch (gewöhnlicher Gang), teils im Laufschritt zurückgelegt. Die Beteiligung ist also für jedermann, auch für Kinder vom 10. oder 11. Lebensjahre ab, unbedenklich. Nach Vereinigung aller Teilnehmer soll auf dem Ringe durch Deklamation und Ansprache die Bedeutung der Spielplatzfrage dargetan, eine Entschließung gefaßt und diese dem Reichsausschuß für Leibesübungen übermittelt werden.

= (Ernährungsaussichten.) Nach Berichten des preußischen Oberpräsidenten hat das frühzeitig begonnene Frühlingswetter auf die Ernteaussichten sehr günstig gewirkt. Man rechnet damit, die Ernte schon Ende Juni in Angriff nehmen zu können. Deutschland wird dadurch bei äußerster Sparsamkeit in die Lage kommen, bis Mitte Juni mit den eigenen Mehlvorräten auszukommen und nur etwa 4 Wochen lang auf Auslandsmehl zurückgreifen zu müssen. Die Aussichten der Wintergetreidernte sind an vielen Gegenden infolge der Ueberschwemmung recht trübe. Der verwehrte Anbau von Sommergetreide und von Kartoffeln wird aber einen Ausgleich schaffen. Es muß damit gerechnet werden, daß Brotgetreide und Kartoffeln im Sommer noch höher im Preise steigen werden. Dagegen werden die Preise für Gemüse in diesem Jahre sich in mäßigen Grenzen halten.

= (Das Reichsfinanzministerium) gibt eine Uebersicht der Prägungen von Reichsmünzen heraus, die in den deutschen Münzen bis Ende März d. Js. hergestellt wurden. Danach sind bisher herausgebracht worden: Aus Eisen für 46660207,20 Mark Fünfpfennigstücke, für 22050484,10 Mark Zehnpfennigstücke, außerdem für 48209532,70 Mark Zehnpfennigstücke aus Zink; aus Kupfer für 9198225,56 Mark Zweipfennigstücke und für 15904390,52 Mark Einpfennigstücke; aus Aluminium für 16319757 50 Mark Fünfzigpfennigstücke und für 507249,50 Mark Einpfennigstücke. — Trotzdem mangelt es an Kleingeld!

= (Preußische Klassenlotterie.) Die Lose der fünften Klasse laufender Lotterie sind unter Vorlegung der Vorklassenlose bis zum 1. Mai in den Lotterie-Einnahmen einzulösen. Die zweiundzwanzig Tage dauernde Hauptziehung beginnt am 7. Mai. Es werden im ganzen 174000 Gewinne gezogen, darunter die zwei „großen Lose" zu je 500000 Mark und am letzten Ziehungstage die zwei Uebergewinne (Prämien) zu je 300000 Mark.

= (Namenstagsfeier. Seitens des Katholischen Gesellenvereins wurde am 23. d. M. der Namenstag seines Präses, des Herrn Kaplans Niechoy, begangen. Die von letzterem ins Leben gerufene Gesangsabteilung brachte ihm unter Leitung des stellv. Liedermeisters Herrn Lehrer Nowak — zur Zeit in Namslau — ein Ständchen, wobei der Herr Vizepräses Slanina dem Herrn Kaplan die herzlichsten Glück- und Segenswünsche der von ihm geleiteten Vereine übermittelte und seine Ansprache mit der Ueberreichung von Geschenken begleitete. Der Gefeierte dankte für diese Beweise von Anhänglichkeit mit tiefempfundenen Worten. Der offiziellen Beglückwünschung folgte eine gemütliche Sitzung, während welcher die Gesangsabteilung noch einige Mal in Tätigkeit trat.

Namslau, den 19. April 1920.

Weiterzahlung der Ablieferungsprämien für Brotgetreide und Gerste.

Die politischen Unruhen der letzten Zeit haben die Ablieferung von Brotgetreide und Gerste stark beeinträchtigt. Aus diesem Grunde ist der Endtermin für die Zahlung der Höchstprämie von 15 Mark je Zentner Brotgetreide und Gerste bis 15. Mai 1920 verlängert worden. Ich bitte alle Landwirte wiederholt auf das Dringendste für schnellste restlose Ablieferung bemüht zu sein. Die Lage unserer Brotversorgung ist eine Überaus gefährdete.

Der Kreisausschuß.

Belieferung der Fettmarken.

In der Woche vom 25. April—1. Mai 1920 werden auf die allgemeinen Fettmarken verabfolgt:

30 g Butter zum Preise von 0,63 M.
100 g Kunstspeisefett „ „ „ 2,05 „

Krankenmarken werden mit Harzfett zum Pfundpreise von 10,20 M. beliefert.

Namslau, den 26. April 1920.

Der Kreisausschuß.

Ost- und westpreußische Landsleute!
Der Tag der Abstimmung steht bevor!
Die Heimat ruft!

Gebt Eure Adresse, falls es noch nicht geschehen, bei den Unterzeichneten an.

Dort erhaltet Ihr auch jede Auskunft.

Kreise, in denen Volksabstimmungen stattfinden:

Ostpreußen: Allenstein Land, Allenstein-Stadt, Rössel, Osterode, Neidenburg (mit Ausnahme des Gebietes westlich der Linie: Wiesenfeld—Gr. Schläfken, Klein-Koslau—Scharnau—Wolla—Krokau—Napierken), Ortelsburg, Sensburg, Johannisburg, Lötzen, Lyck und Oletzko.

Westpreußen: Marienburg (östlich der Nogat) Marienwerder (östlich der Weichsel) Rosenberg, Stuhm.

Frau Hanna Bandmann, Namslau, Peter-Paul-Straße 4.
Frl. Davida von Heydebrand und der Lasa, Naßadel.
Kreisbaumeister Christofzik, Namslau, Kaiserenstr. 26 a.
Arbeitersekretär Liechewski, Namslau, Deutsche Vorstadt 51.

Heute, Dienstag, den 27. d. Mts., abends 8 Uhr, im Schwuntekschen Saale

Oeffentlicher Vortrag

des Herrn Pastor Lic. theol. Moehring, Breslau.

„Die Ziele der Demokratie".

Um recht zahlreichen Besuch wird gebeten.

Der Vorstand der deutsch demokratischen Partei.
Paul Koschwitz. A. Lorenz. A. Röhricht.

Verein heimatstreuer Oberschlesier.

Bezirksgruppe Namslau.

Donnerstag, den 29. April, nachm. pünktl. 6 Uhr im Saale Opitz, Dt. Vorstadt

Vortrag.

Redner:
Herr Stadtverordn. Drescher aus Flensburg i. Schleswig.
Thema:
Die bevorstehende Abstimmung in Oberschlesien und Erlebnisse vor u. während der Abstimmung in Schleswig.

Um unseren Landsleuten aus den entfernteren Ortschaften Gelegenheit zu geben, am Vortrage teilzunehmen, haben wir den Beginn des Vortrages bereits um 6 Uhr angesetzt. Schluß vor Abgang der 8-Uhr-Züge.

Der Vorstand.

Republikanischer Führerbund.
Oeffentl. Versammlung

am Mittwoch, den 28. April 1920, abends 7½ Uhr, bei Weber

für alle auf demokratisch republikanischem Boden stehenden aktiven u. inaktiven militärischen Führer (Offiziere und Unteroffiziere).

Jeder aufrechte republikanische Führer (auch bereits Entlassene) aus Stadt und Kreis sind hierzu herzlichst eingeladen.

Thema: Der republikanische Führerbund.

Ortsgruppe Breslau.

Radfahrer-Verein Namslau.

Sonntag, den 2. Mai, nachm. 2½ Uhr

Eröffnungs-Rennen,

10 km mit Wendepunkt auf der Straße nach **Wilkau.** Treffpunkt Gasthaus **Rosenblatt.**

Im Anschluß:

Verkündigung der Sieger u. Tanz

bei Sportskamerad **Schwuntek,** nur für Mitglieder und eingeführte Gäste.

J. A.
Kottke, 1. Vorsitzender.

Männer-Turn-Verein „Jahn".

Mittwoch, den 28. April, abends 8 Uhr

Mitglieder-Versammlung

bei Herrn **Scharff, Böhmwitz.**

Gautag, Faustball-Gaumeister, Sternlauf, Anturnen.

Verbandskollegen, Partei-Genossen u. Genossinnen von Stadt u. Land!
Rüstet zum Weltfeiertag der Arbeiterschaft,
zum 1. Mai 1920.

Beteiligt Euch alle ohne Ausnahme an der Feier. Zeigt, daß Ihr gewillt seid, **einig** zu sein und **zusammenzuhalten.**

Strömt alle in die Kreisstadt, sorgt für Massenbesuch des Maifestes und Beteiligung am Festzuge.

Haltet allgemeine Arbeitsruhe.

Festprogramm wird noch bekannt gegeben.

Das Gewerkschaftskartell.
Der Sozialdemokrat. Verein Namslau.
F. Hoffmann, 1. Vorsitzender.

Der Wahlkampf zum Reichstag beginnt!

Große Geldmittel sind dazu erforderlich.
Nur Aufklärung kann den Erfolg bringen.

Freunde, Gönner und Genossen unserer Partei, zeigt Opfermut und Idealismus, gebt reichliche Spenden zum Wahlkampf, stärkt den Kampffonds.

Geldbeträge nimmt persönlich und durch die Post entgegen

Der Vorsitzende des Sozialdemokr. Vereins Namslau.
Fritz Hoffmann, Hospitalgasse 2.

Namslauer Lichtspiele

Grimms Hotel.

Mittwoch, den 28. April 1920, 8 Uhr.

Aus der unerreichten Wanda-Treumann-Serie:

Der Kelch der Keuschheit.

Drama in fünf Teilen.

Preise der Plätze: Sperrsitz 3 M., I. Pl. 2 M., II. Pl. 1,50 M.

Kleine Anzeigen

bitten wir zwecks Vereinfachung des Geschäftsbetriebes **bald** bei der Aufgabe zu bezahlen.

Die Geschäftsstelle des Namslauer Kreis- und Stadtblattes.

Geräucherte Schotten

(feinste Delikatesse, goldgelb) 30 Pfd netto M. 286.

ff. geräucherte Lachsheringe,
30 Pfd M. 160,—.
(Patentversandkisten „Stabil" leihweise.)

Ia Heringsbäckerle,
schmeckt zu Pellkartoffeln vorzüglich. Billigstes und bestes Brotschmiermittel — bester Ladenartikel — 45 Pfd M. 130,—.

Rollmöpse mit Gurkeneinlage.
180 Pfd. M. 1150, 90 Pfd. M. 580, 40 Pfd. 265.

Bismarckheringe, 40 Pfd. M. 240.
Marinierte Heringe, 40 Pfd. M. 220.

Alles rein netto Fischgewicht incl. Faß, ab Breslau bezw. Dresden.

Altonaer Fischhalle

Breslau I,	Dresden A.
Herrenstraße 3/4,	Scheffelstraße 16,
Tel. Ring 7071.	Tel. 11908.

Auf der Domäne Schwirz

decken die gekörten Hengste

„Der Lotse", halbblut, Glanzrappe,
„Rex", Oldenburger, braun.

Deckzeit vorm. 8—9 Uhr, nachm. 3—4 Uhr.

Mauersteine

sind wieder vorrätig

Dampfziegelei Lorzendorf.

Güterverwaltung Langenhof

bei **Bernstadt** sucht für bald

brauchbaren, älteren Ackervogt.

Konzert-Direktion Franz Neumann, Breslau V, Tel. 4190.

Grimms Hotel, Namslau Schl.

Donnerstag, den 29. April, abds. 8 Uhr

Auf allseitigen Wunsch

zweiter Bunter Abend

Breslauer Bühnenkünstler.

Oper, Operette, Tanz, Humor! Vollkommen neues Großstadtprogramm. Mitwirkende: **Fritz Trostorff,** der frühere langjährige Heldentenor der Breslauer Oper mit seinem neuesten Konzert-Repertoire. **Käthe Neumann,** (Koloraturs ängerin). Die beliebtesten Opern und Operettenschlager, sowie Duette mit Trostorff, **oder Geschwister Hartung vom Breslauer Schauspielhaus:** Sehenswerte Tanzvorführungen in Original-Kostümen, sowie die neuesten Operetten-Tanz-Duette aus Czikosbaroness, Ballnacht, Faschingsfee etc. **Alfons Fink, vom Bresl. Lobetheater:** Heitere, humoristische Vorträge! Ferner: **Einmal. Gastspiel des berühmten Gedankenlesers u. Zauberkünstlers J. Schöpl,** in seinen staunenswerten, aufsehenerregenden Experimenten, sowie „Asra", das geheimnisvolle Wunder des 20. Jahrhunderts. Am Klavier: Kapellmeister **Reymann. — Preise der Plätze:** (ausschl. Steuer) Sperrsitz (num.) 4,50 M., I. Pl. 3 M., II. Pl. 2 M. An der Abendkasse Erhöhung. Vorverkauf Zigarrenhandlung Häsler, Ring. Kassenöffn. ½8 Uhr. **Nachm. 5 Uhr** (Kassenöffn. ½5 Uhr): **Gr. Zaubervorstellung** für Schüler u. Kinder mit auserwähltem Programm. Humoristische Einlagen, sehenswerte Tanzvorführungen. Sperrsitz (num.) 1,25 M., I. Platz 0,75 M., II. Platz 0,40 M. Billets nur an der Saalkasse.

Rotklee, pro Pfd. 10 Mark, sowie prima Seradella

offeriert **Arthur Heydemann,**
Saatengeschäft.

Rohrgewebe

hat abzugeben, waggonweise, auch in kleinen Posten.

E. Kricke.

Telefon-Anschluß-Verzeichnis

der Teilnehmer, welche an das Fernsprechamt **Namslau, Reichthal, Noldau, Eckersdorf und Schmograu** angeschlossen sind.

Als Aushang im Format 48×62. Preis **2,50 M.**

Vorrätig in der

Buchhandlung O. Opitz.

Die **glückliche Geburt** eines

strammen Jungen

zeigen hocherfreut an

Oels i. Schl.,
Max Eichholz und **Frau.**

Klavierstimmen.

Ich komme in Kürze wieder nach Namslau und Umgegend und erbitte Anmeldungen an die Geschäftsstelle d. Bl.

W. Fitschen,
Pianist aus Breslau.

Warenregal,

mit kleinen Fächern zu verkaufen.

Ernst Gebel.

Einige Fuhren

Mauersand

hat abzugeben

Krawatzek, Sandvorstadt.

Schellack,

N. L. orange, liefert ständig in größeren u. kleineren Posten zu günstigen Preisen

A. Webs, Gleiwitz O.-S.

Hühneraugen!

Hornhaut etc. beseitigt dauernd

Ria-Balsam,

tausendfach bewährt! Viele Nachbestellungen! Preis M. 5.— frko. Nur zu beziehen durch

Hofapotheke Hechingen Hohenz.

Sechs junge Füchse

stehen zum Verkauf bei

Johann Biernot,
Beimsdorf.

Gebrauchter leichter

Einspänner-Kutschwagen

mit Geschirr

zu kaufen gesucht. Angebote mit Preisangabe an

Pohling, Oberzollkontrolleur, Kaulwitz

Salz-Schnittbohnen

empfiehlt

Fritz Melzer.

Blut-Apfelsinen

empfiehlt

Robert Baguschе Nachflg.
Inh.: Gustav Wendrich.
Telefon 283.

Junger Mann, Gärtner, 22 Jahre alt,

sucht Beschäftigung,

gleich welcher Art. Angebote u. **T. H. 200** a. d. Exp. d. Bl.

Eine Frau zum Wäsche ausbessern

für 2 oder 3 Tage ins Haus gesucht. Zu erfr. i. d. Exp. d. Bl.

Junges ausgelerntes Mädchen als

Zuarbeiterin

für feine Damenschneiderei gesucht.

G. Schwarz,
Modistin,
Wilhelmstr. 1.